Morgen-Ausgabe
Nr. 87 — 61. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Zweites Beiblatt
Freitag, 21. Februar 1913

Handelsteil

Wann verjähren Bauunternehmerforderungen?

Im § 196 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist eine Anzahl von Forderungen genannt, die der kurzen Verjährungsfrist von zwei Jahren unterliegen. Das Reichsgericht hat nun in einem unlängst zur Entscheidung gelangten Falle (Aktenzeichen VI 390. 12, mitgeteilt in der „Jur. Wochenschr.", 1913, Nr. 4) festgestellt, dass Ansprüche der Bauunternehmer nicht unter die Verjährungsvorschrift des § 196 fallen. Es führt zu der Frage in der Entscheidung aus:

Der § 196 des Bürgerlichen Gesetzbuches grenzt den Kreis der der kurzen Verjährung unterliegenden Ansprüche nach persönlichen und sachlichen Merkmalen ab. In der letzteren Hinsicht treffen vorliegend die Voraussetzungen des § 196 Nr. 1 zu, denn es handelt sich um eine Forderung, die sich der Kläger für die Ausführung von Arbeiten zuschreibt. Es fehlt aber an den subjektiven Erfordernissen der Nr. 1, denn die Bestimmung findet nur auf Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker und Personen, die ein Kunstgewerbe betreiben, Anwendung. Kläger bezeichnet sich als Bauunternehmer, als solcher gehört er aber zu keiner der angeführten Personenklassen, insbesondere nicht zu den Kaufleuten nach dem früheren Handelsgesetzbuch (unter dessen Geltung seine Forderung entstanden ist). Ob er etwa nach dem 1. Januar 1900 gemäss § 2 des neuen Handelsgesetzbuches Kaufmann geworden ist, kann als unerheblich auf sich beruhen bleiben, weil es nur auf die Zeit der Entstehung der Forderung ankommt. Ebenso mangeln auch die Voraussetzungen für die Anwendung der Nr. 7 des zitierten Paragraphen. Hier ist von den Ansprüchen solcher Personen die Rede, die, ohne zu den unter Nr. 1 angeführten Personenklassen zu gehören, die Besorgung fremder Geschäfte oder die Leistung von Diensten gewerbsmässig betreiben. Um den Kläger dieser Vorschrift zu unterstellen, hätte festgestellt werden müssen, dass auch sein Gewerbe in der Leistung von Diensten oder der Besorgung fremder Geschäfte bestanden hätte. Bei einem Bauunternehmer, dessen Tätigkeit normalerweise in der Herstellung von Bauwerken besteht, ist das wenig wahrscheinlich und auch der Vertrag mit dem Beklagten bietet zu einer solchen Annahme keinen Anlass. Werkverträge fallen nicht unter die Vorschrift des § 196 Nr. 7.

Nach diesen Feststellungen greift nicht die kurze Verjährungsfrist, sondern die von 30 Jahren für Forderungen von Bauunternehmern Platz. Das gilt unbedingt aber nur für Forderungen, die vor 1900, unter dem früheren Handelsgesetzbuch, entstanden sind. Für später entstandene muss geprüft werden, ob der Bauunternehmer nicht etwa auf Grund des § 2 des Handelsgesetzbuches wegen des Umfanges seines Gewerbebetriebes zum Kaufmann geworden ist (was häufig der Fall sein dürfte). Dann unterfallen auch die Forderungen der Bauunternehmer der kurzen Verjährungsfrist.

Neue Photographische Gesellschaft in Berlin-Steglitz. Wie berichtet wird, sind die Arbeiten für den Abschluss des Unternehmens pro 1912 noch nicht vollkommen beendigt; soweit sich indes bisher übersehen lasse, werde es wohl möglich sein, für 1912 eine Dividende bis zu 6 pCt. zu zahlen. Ob und in welcher Höhe eine Dividende zur Ausschüttung gelangt, darüber wird sich der Aufsichtsrat erst in der Bilanzsitzung schlüssig werden. Wie gemeldet wird, ist die Beschäftigung auch im neuen Geschäftsjahr als günstig anzusehen. Der Umsatz der Wiener Vertretung der Gesellschaft sei trotz des Balkankrieges nicht zurückgegangen.

Die Neue Boden-Akt.-Ges. — dividendenlos. Die Gesellschaft, die im Vorjahre aus dem 3,2 Mill. M. betragenden Ueberschuss noch 10 pCt. Dividende ausschüttete, muss diesmal von der Verteilung eines Gewinnes an die Aktionäre gänzlich absehen. Schärfe Gewinnrückgänge zeigen namentlich die Ergebnisse der Konsortialbeteiligungen, die sich von 883 274 Mark auf 76 835 M. verminderten, sowie die Einnahmen aus den Terrainverkäufen, die von 2 043 556 M. auf 727 237 M. zurückgingen. Als Ueberschuss wird diesmal nur der Betrag von 602 975 M. ausgewiesen, der mit 562 319 M. neu zum Vortrag gelangt. Die Gesellschaft führt das schlechte Ergebnis auf die allgemein misliche Situation auf dem Immobilienmarkt zurück; sie hätte aber wohl besser getan, wenn sie schon im Vorjahre durch entsprechende Rückstellungen aus dem Gewinn vorgesorgt und die sich jetzt als ungerechtfertigt hoch erweisende Gewinnausschüttung nicht vorgenommen hätte.

Die Wegelin u. Hübner Akt.-Ges. (Maschinenfabrik) in Halle erzielte im Geschäftsjahr 1912 einen Rohgewinn von 895 631 M. (i. V. 860 386). Unkosten erforderten 254 466 M. (255 804) und Abschreibungen 91 577 M. (78 205). Aus dem einschliesslich 9462 M. (25 630) Vortrag 576 870 M. (570 192) betragenden Ueberschuss soll, wie bereits gemeldet, eine Dividende von wieder 12 pCt. gleich 462 000 M. ausgeschüttet werden. Im Geschäftsbericht führt die Verwaltung folgendes aus:

„Die schon seit längerer Zeit geplante Rekonstruktion unserer Werkstätten ist im Berichtsjahre durchgeführt worden. Sie war dringend erforderlich, um unsere Leistungsfähigkeit den erhöhten Ansprüchen der Gegenwart anzupassen; sie war aber auch schon deshalb nicht länger mehr zu umgehen, weil unsere Arbeiterschaft Ueberstunden rundweg ablehnt. Die gesamten Fabrikationsverbesserungen sind im letzten Viertel des Berichtsjahres in Betrieb genommen worden und haben sich aufs beste bewährt; insbesondere steht bereits fest, dass wir dadurch eine bedeutend erhöhte Leistungsfähigkeit erzielt haben."

Die betriebliche Rekonstruktion ist auch in der Bilanz zu erkennen. Gebäude haben sich auf 1 020 498 M. (923 440) und Maschinen auf 811 886 M. (522 042) erhöht. Ausserdem figurierte im Vorjahr unter anderem noch ein Bankguthaben von 433 603 M., das durch die Neubauten absorbiert worden sein dürfte. Kreditoren haben 337 591 M. (386 933) zu fordern.

Discontogesellschaft. Untenstehend bringen wir den Geschäftsbericht des Instituts im Wortlaut zum Abdruck.

Silesia, Neue Oppelner Portlandzementfabrik in Oppeln. Einschliesslich des Vortrags (in diesem Jahre 87 529 M., im vorigen Jahre 200 853) stehen 525 897 Mark (gegen 701 302) zur Verfügung. Wenn die Gesellschaft trotzdem die erhebliche Dividendenerhöhung vorschlägt, so erklärt sich dies daraus, dass im vorigen Jahre dem ordentlichen Reservefonds zwecks Auffüllung zur gesetzlichen Höhe 220 000 Mark überwiesen und zur Bildung einer ausserordentlichen Reserve 120 000 M. bereitgestellt wurden. Die ersterwähnte Zuweisung fällt diesmal ganz fort, und die ausserordentliche Reserve erhält nur 30 000 M. Neu erscheint dagegen diesmal eine Zuweisung an den Delkrederefonds mit 42 500 M. Das Dividendenerfordernis beträgt diesmal 325 000 M. gegen 200 000 M. im Vorjahr; der Vortrag auf neue Rechnung geht von 87 529 M. auf 68 707 M. zurück.

Kapitalserhöhung der Hannoverschen Gummiwerke Excelsior Akt.-Ges. Die Gesellschaft plant eine Erhöhung des Aktienkapitals um ½ Mill. auf 3 Mill. M. Die letzte Kapitalserhöhung erfolgte erst im Mai vorigen Jahres, und zwar um ebenfalls eine halbe Million Mark. Damals wurden die für 1912 halbdividendenberechtigten Aktien von einem Konsortium zum Kurse von 260 pCt. übernommen und zum Kurse von 265 pCt. den Aktionären angeboten.

Maschinenbauanstalt und Eisengiesserei vorm. Th. Flöther Akt.-Ges. in Gassen. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt nach Abschreibungen von 254 518 M. (im Vorjahre 257 732) einen Ueberschuss von 842 173 M. (683 387). Der Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, auf das von 3 auf 4 Mill. M. erhöhte Aktienkapital eine Dividende von 14 pCt. wie im Vorjahre auszuschütten, dem Spezialreservefonds 30 000 M. (wie im Vorjahre), diversen Baufonds 140 000 M. (40 000), Beamten, Fabrikpersonal-Unterstützungsfonds 50 000 M. (40 000) zuzuführen und 17 431 M. (147 551) auf neue Rechnung vorzutragen. Dem ordentlichen Reservefonds sind durch die Kapitalserhöhung 288 256 M. zugeflossen.

*** Zum Fall der Vereinigten Hanfschlauch- und Gummiwarenfabriken.** Nachdem die Verwaltung am 15. Februar die überraschende Mitteilung gemacht hatte, dass sie für 1912 überhaupt von einem Dividendenvorschlage absehen wolle, haben wir dieser Mitteilung eine Erklärung der Verwaltung vom 18. Dezember gegenübergestellt, in der zwar erklärt wurde, dass „voraussichtlich mit einem Rückgang der Dividende zu rechnen sein werde", ein völliger Ausfall der Dividende aber durchaus nicht erwähnt wurde. — Kein glaublich ist es aber, dass die Gesellschaft noch am 10. Februar 1913 folgendes Schreiben an einen Aktionär gerichtet hat:

> Wir erwidern auf Ihr wertes vorgestriges Schreiben, dass wir für das abgelaufene Geschäftsjahr mit einem Rückgange in der Dividende rechnen müssen. Wir haben in dieser Beziehung bereits verschiedene Bekanntmachungen durch Tageszeitungen ergehen lassen, worauf wir hiermit besonders hinweisen. Welche Dividende für 1912 zur Verteilung kommen wird, unterliegt der Entscheidung der Aufsichtsratssitzung, welche in kurzer Zeit stattfinden wird.

Der Inhalt dieses Briefes lässt die Vermutung zu, dass die Direktion noch bis kurz vor der entscheidenden Aufsichtsratssitzung die Verhältnisse und das Erträgnis der Gesellschaft nicht in der ganzen Ungunst übersehen und tatsächlich immer noch mit der Möglichkeit einer Dividendenausschüttung gerechnet habe. Das lässt dieser die Verwaltungsverhältnisse bei der Gesellschaft, die schon durch die lange Zeitdauer und lange Zeit unentdeckt gebliebenen Veruntreuungen sowie durch die erheblichen Irrtümer in der Kalkulation arg diskreditiert sind, in einem mehr als merkwürdigen Licht erscheinen. Die Frage, die im Falle der Vereinigten Hanfschlauchwerke der Klärung dringend bedarf, ist, ob nur eine allerdings schon hochgradige Desorganisation und Unfähigkeit oder eine bewusste Absicht die irreführende Berichterstattung der Gesellschaft veranlasst hat. Ein geeignetes Mittel, um diese Klärung herbeizuführen, würde darin liegen, dass man an Hand der Maklerjournale feststellen versuchte, wer in der Zeit zwischen dem 18. Dezember 1912 und dem 15. Februar die dauernden und ziemlich erheblichen Verkäufe in den Aktien der Gesellschaft vorgenommen hat.

Kaliwerke Aschersleben in Aschersleben. In der heute in Berlin abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrates gelangte der Abschluss für das Geschäftsjahr 1912 zur Vorlage, der einen Rohertrag von 1 970 259 M. (i. V. 4 806 693 M.) ausweist. Nach Abschreibungen von 1 585 757 M. (1 757 346 M.) ergibt sich ein Reingewinn von 2 766 101 M. (2 523 491 M.), aus dem u. a. eine Dividende von wieder 10 pCt zur Ausschüttung gelangen und 371 101 M. (28 491 M.) auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen.

Eisenhütte Silesia Akt.-Ges. Die Verwaltung teilt mit, dass die Abschlussarbeiten pro 1912 zwar zurzeit noch nicht beendet sind, doch könne jetzt schon gesagt werden, dass die Dividende pro 1912 (i. V. 11 pCt.) der des Vorjahres mindestens gleich sein, wahrscheinlich aber sie überschreiten werde. Gegenwärtig sei die Gesellschaft zu guten Preisen auf längere Zeit hinaus beschäftigt.

Schlesische Zinkhütten-Akt.-Ges. Wie gemeldet wird, ist für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 20 pCt. in Aussicht genommen. Für das Geschäftsjahr 1911 betrug die Dividende 18 pCt.

Apler Becker Aktienverein für Bergbau Zeche ver. Margarethe. Sölde i. W. Der Abschluss für 1912 ergibt einen Ueberschuss von 586 640 M. (i. V. 500 270). Es wurde beschlossen, nach Abschreibungen von 390 558 M. (i. V. 300 690) der Generalversammlung eine Dividende von 10 pCt. (7 pCt.) in Vorschlag zu bringen und 46 091 M. (31 579) auf neue Rechnung vorzutragen. Der Geschäftsgang bleibt, wie die Verwaltung erklärt, weiter zufriedenstellend.

Marktpreise von Berlin am 19. Februar 1913, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidiums. Richtstroh 4,40—4,80 M., Heu 5,60—7,20 M. Marthallenpreise. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30—50 M. Speisebohnen, weisse, 35 bis 56 M., Linsen 35 bis 60 M., Kartoffeln 6,00 bis 10,00 M., Rindfleisch von der Keule (1 Kg.) 1,70 bis 2,40 M. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80 M., Schweinefleisch 1,60 bis 2,10 M., Kalbfleisch 1,40 bis 2,40 M., Hammelfleisch 1,60 bis 2,40 M., Butter 2,40 bis 3,00 M., Eier 60 Stück 4,20 bis 6,60 M., Karpfen 1,40—2,40 M., Aale 1,60 bis 3,20 M., Zander 1,40 bis 3,60 M., Hechte 1,60 bis 2,80 M., Barsche 1,00 bis 2,40 M., Schleie 1,60 bis 3,20 M., Bleie 0,80 bis 1,60 M., Krebse 60 Stück 4,00 bis 24 M.

Magdeburg, 20. Februar. Zuckerbericht. Kornzucker 88 Grad o. Sack 9,27½—9,37½ Nachprod. 75 Grad o. Sack 7,35—7,50. Stimmung: Stetig. Brotraffinade I ohne Fass —,—. Kristallzucker I m. Sack —,—. Gemahl. Raffinade mit Sack —,—. Gem. Melis I mit Sack 18,62½ Stimmung: Ruhig. Rohzucker I transit b. Prod. frei an Bord Hamburg per Februar 9,77½ Gd., 9,82½ Br., per März 9,77½ G., 9,82½ Br., per April 9,85 G., 9,90 Br., per Mai 9,95 G., 10,00 B., per August 10,27½ G., 10,30 Br., per Oktober-Dezember 10,00 G., 10,05 B. Stetig.

Hamburg, 20. Febr., abends 6 Uhr. Kaffee good average Santos per März 60,75 Gd., per Mai 61,25 Gd., per September 61,00 Gd., per Dezember 60,50 Gd. Stetig.

Amsterdam, 20. Februar. Bancazinn 134,25.

Amsterdam, 20. Februar. Java-Kaffee good ordinary 54,00.

Paris, 20. Febr. (Schlusskurse.) 3% Franz. Rente 88,80. Banque de Paris 1746 do. Ottomane 638. Tendenz: Träge.

London, 20. Februar. Privatdiskont 4⅝. Silber prompt 28⅝, 2 Monate 28⅝. Spanier 78¼. Mexikaner 49¼. Silber Dollars 49¼. Türkische Anleihe von 1903 —,—. Ägypter 98 ¾. Brasilianer von 1908 —,—. 4% Japaner von 1905 85. 5% konv. Mexik. 98, 1889er Russen (2. Serie) 96¾. 4% Türken unif. 85. Ottomanbank 16½. Baltimore and Ohio 103. Canada Pacific 237½.

Berliner Firmen-Register.

Eintragungen vom 17. Februar.

Abteilung A: A. E. Wassermann. Die Prokura des Seckel ist gelöscht. — Carl Liedemit Inh. Arthur Perschke lautet die Firma jetzt. Inh. ist Kfm. Arthur Perschke in Niederschönhausen. — Simon Schroppsche Landkartenhandlung J. H. Neumann Nchf. Ernst Schmersahl. Am 1. 9. 12 ist Buchhändler Wilhelm Cohen in Berlin-Friedenau eingetreten. Vertretung jeder für sich. — Neumann & Co. Baugeschäft. Die Ges. ist aufgelöst, die Firma gelöscht. — Andreas Staud, Inhaber Franz Giessel. Die Ges. ist aufgelöst, die Firma gelöscht. — Gelöscht sind die Firmen: Leopold Wollenberg. — Wilhelm Wedral. — Bruno Weber.

Abteilung B: Projektions-Aktiengesellschaft Union, Frankfurt a. Main—Berlin, Zimmerstr. 16. Grundkapital 1 000 000 M. Vorstand Kfm. Paul Davidson in Berlin-Schmargendorf. Stellvertr. Vorstand Kfm. Robert Diemer in Frankfurt a. M. Vertretung jeder für sich. — Germanischer Lloyd. Die Satzung ist geändert. — Deutsche Treuhand-Ges. Die Prokura des Erich Hauser ist gelöscht. — Terrain- und Bau-Akt.-Ges. Berlin-Lankwitz. Gustav Strohmann ist nicht mehr Vorstand; solcher ist jetzt Archt. Richard Sinnig in Berlin-Steglitz. — Autotechnikum Berlin G. m. b. H. Stammk. 300 000 M. Geschäftsf. Ziviling. Max Berg in Charlottenburg. — E. M. Wauer & Co. G. m. b. H. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Kfm. Gustav Wauer in Neukölln. — Deutsche Dentalgesellschaft m. b. H. Stammk. 163 000 M. Geschäftsf. die Kflte. Hermann Schultz und Paul Schöneberg in Berlin-Wilmersdorf. — Vereinigte Steinhändler G. m. b. H. Stammkapital 500 000 M. Geschäftsf. die Kflte. Gustav Gottschalk in Berlin-Wilmersdorf und Dr. Paul Siebert in Charlottenburg. — Wiener Café und Conditorei G. m. b. H., Berlin-Schöneberg. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. die Cafetiersfrauen Rosa Kaplan, ebenda und Josephine Kreivich in Wien. — Grundstücksverwertungsgesellschaft Waldo G. m. b. H., Charlottenburg. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Rentier Siegfried Waldo, ebenda. — Wilhelm Franke Nachf. G. m. b. H., Berlin-Schöneberg. Geschäftsf. Kfm. Wilhelm Frost, ebenda. Stammk. 20 000 M. — Gesellschaft für automatische Registrier-Wagen m. b. H., Berlin-Rosenthal. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Kfm. Johannes Kehn und Frau Melitta Kehn geb. Rohde ebenda. Vertretung jeder für sich.

Konkurse.

Berlin: Kaufmann Natan Goldberg, Inhaber der Firma R. Behnke Nachf., Andreasstr. 7. Verwalter Schönberger, Rungestrasse 15. Anmeldefrist bis zum 24. März.

Auswärts. Apparatebauanstalt Rhenania, G. m. b. H., Köln, Rhein. Fa Ostdeutsches Baublatt, G. m. b. H., Königsberg i. Pr. Automobilverkehr Spreewald, G. m. b. H., Vetschau

Disconto-Gesellschaft in Berlin.

Geschäfts-Bericht für das Jahr 1912.

Der seit mehreren Jahren ununterbrochen anhaltende Aufstieg der deutschen Volkswirtschaft hat auch im Jahre 1912 seinen Fortgang genommen, so dass die industrielle Produktion, der Aussenhandel und die Güterbewegung auf Schiffen und Eisenbahnen die entsprechenden Leistungen der früheren Jahre erheblich übertreffen. Das Berichtsjahr zeichnet sich ausserdem vorteilhaft durch eine befriedigende Ernte aus, die nicht nur an Getreide, sondern auch in Hackfrüchten und Futtermitteln sehr bedeutende Quantitäten lieferte. Die Landwirtschaft blickt daher auf ein ertragreiches Jahr zurück. Die gesteigerte Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung wurde in einem stärkeren Verbrauch von Industrieartikeln erkennbar und kam den gewerblich tätigen Bevölkerungskreisen in gleicher Masse zu. Allerdings hat es auch nicht an Hemmungen gefehlt, welche die in der guten Konjunktur gegebenen Gewinnmöglichkeiten nicht überall zu voller Entfaltung kommen liessen. Mehr oder weniger hat das Wirtschaftsleben aller Kulturvölker unter der Einwirkung der grossen politischen Ereignisse des Jahres 1912 zu leiden gehabt. Die drei ersten Quartale des Jahres verliefen zwar verhältnismässig ruhig, da weder die Wirren im chinesischen Reich noch der Verlauf des türkisch-italienischen Krieges den Weltfrieden bedrohten. Einen völlig anderen Charakter trug aber das vierte Quartal, das ganz unter dem Zeichen des Balkankrieges und der durch ihn hervorgerufenen Besorgnis vor Interessenkonflikten unter den Grossmächten stand.

Reich an Aufregungen und Gefahren, brachte dieser letzte Teil des Jahres durch das Stocken der Erwerbstätigkeit und durch die Gefährdung der Geld- und Kreditverhältnisse in den Balkanländern den am Verkehr mit Orient beteiligten Kreisen in allen Ländern unmittelbar starke Verluste. Darüber hinaus wurden aber indirekt durch den Krieg die wirtschaftlichen Verhältnisse aller Länder insofern geschädigt, als die lange dauernde Ungewissheit über die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen den europäischen Grossmächten die Unternehmungslust lähmte und vor allem eine heftige Erschütterung der Börsen und des Geldmarktes hervorrief. Indessen haben diese Schädigungen und Störungen doch nicht einen solchen Umfang gewonnen, dass die Hochkonjunktur in Gütererzeugung, Handel und Verkehr im ganzen durch sie eine wesentliche Abschwächung erfahren hätte.

Sehr empfindlich hat sich auf allen Wirtschaftsgebieten die zunehmende Verteuerung des Lebensunterhalts und aller zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse erforderlichen Gegenstände, namentlich des Fleisches, geltend gemacht. Sie hat in den kaufmännischen und industriellen Betrieben Teuerungszulagen und Lohnsteigerungen zur Folge gehabt, die, ebenso wie im vorigen Jahre, die Verwaltungskosten erhöhten und die Produktionsbedingungen verschlechterten. Auch wir haben uns aufs neue veranlasst gesehen, wie im vorigen Jahre, den Angestellten mit geringerem Einkommen eine ausserordentliche Geldbeihilfe zu gewähren. Allgemein ist die Beobachtung gemacht worden, dass der gewaltigen Zunahme quantitativer Leistungen und der vermehrten Arbeit auf allen Gebieten der Erwerbstätigkeit eine entsprechende Zunahme des Geschäftsgewinnes nicht zur Seite geht. Es gehört zur Signatur der Zeit, dass der Nutzen am einzelnen Geschäft sich teil durch Verringerung und dieser relativen Ausfall durch vermehrten Umsatz gedeckt werden muss. Diese Erwägung ändert nichts an der erfreulichen Feststellung, dass die absoluten Gewinnzahlen gestiegen sind und die gesteigerte Regsamkeit von Handel und Wandel eine erhebliche Zunahme des Volksvermögens erwarten lässt, im verflossenen Jahre bewirkt hat. Weniger als die meisten anderen Industrien hat das Textilgewerbe aus der Hochkonjunktur Nutzen ziehen können, weil sein Absatz nach den Balkanländern in den letzten Monaten ganz ins Stocken geriet und die Preissteigerung der Fabrikate mit derjenigen der Rohstoffe nicht gleichen Schritt hielt. In wirklich schlechter Lage hat sich nur ein freilich sehr wichtiger und ausgedehnter Erwerbszweig, das Baugewerbe, befunden, zum Teil infolge von Ueberproduktion an Gebäuden und von verfehlten Spekulationen, zum Teil weil gerade Bauunternehmer und Hausbesitzer durch die zunehmende Vorsicht der Geldgeber bei Gewährung von Krediten, durch die neuere Gesetzgebung zum Schutz der Bauhandwerker und durch die verstärkte Besteuerung, insbesondere die Wertzuwachssteuer, sehr hart getroffen wurden.

Einen besonders kräftigen Aufschwung hat das deutsche Montangewerbe genommen. Der nur neun Tage währende Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet im März 1912 konnte die Kohlenindustrie kaum schädigen; dagegen hat der lange Streik der englischen Kohlenarbeiter und die zeitweilige Stockung des englischen Kohlenexports den deutschen Werken im Ruhrgebiet und auch in Oberschlesien neue Absatzgebiete im Inlande und im Auslande erschlossen, und zu Ende des Jahres war die Nachfrage so stark, dass das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat auf jede Einschränkung der Beteiligungsziffer seiner Mitglieder verzichten konnte. Das im vorigen Jahre mit so grosser Genugtuung begrüsste Vertragsverhältnis zwischen dem Bergfiskus und dem Syndikat ist vom preussischen Handelsministier wieder gekündigt worden, wodurch die auf Erneuerung des Kohlensyndikats gerichteten Verhandlungen vielleicht erschwert werden können. Auch die Braunkohlenindustrie hat sich kräftig entwickelt. Zwar liess sich das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat, dessen Fortbestehen für das uns naheliegende Wirtschaftsgebiet von grosser Bedeutung gewesen wäre, nicht aufrechterhalten, weil der historischen Grundlagen seiner Organisation sich für eine kraftvolle Betätigung nicht hinreichend erwiesen und unter seinem Schutze sich eine grosse Anzahl jüngerer, im Syndikat nicht gebundener Werke entfaltet hatte. Der Absatz ist aber so flott und die Nachfrage so gross, dass die Preise bisher noch nicht erheblich durch Unterbietungen zu leiden gehabt haben. Für die Organisation der Eisenindustrie, die sich während des ganzen Jahres, namentlich aber in seiner zweiten Hälfte, steigender Preise zu erfreuen hatte, war die am 1. Mai zustande gekommene Erneuerung des Stahlwerksverbandes ein wichtiges und erfreuliches Ereignis. Zu bedauern ist, dass der Verband nicht in dem früheren Umfang erneuert werden konnte, da wohl eine Einigung über die Syndizierung von Halbzeug, Eisenbahnoberbaumaterial und Formeisen (Produkte A) erzielt wurde, die Kontingentierung der Produktion von Walzdraht, Stabeisen, Blechen, Röhren, Guss- und Schmiedestücken (Produkte B) aber fallen gelassen werden musste. Der Bedarf an Eisen- und Stahlfabrikaten ist indessen während des ganzen Jahres so stark gewesen, dass selbst fast alle Werke bis zum Ende der Leistungsfähigkeit beschäftigt waren und ein preisdrückender Konkurrenzkampf bisher nicht eingetreten ist.

In der Kaliindustrie hat der Absatz im Auslande eine befriedigende Steigerung erfahren. Ob es aber der Propagandatätigkeit des Syndikats in Zukunft gelingen wird, den Absatz in dem Masse zu heben, dass die jetzige Rentabilität des Kalibergbaus erhalten bleibt, auch nachdem die zahlreichen neuen Unternehmungen mit der Produktion begonnen haben, darf bezweifelt werden. Die von uns wiederholt betonten verderblichen Folgen des Kaligesetzes vom Jahre 1910, das geradezu einen Anreiz zur Gründung neuer Unternehmungen enthält, treten immer deutlicher in Erscheinung, je mehr wir uns dem Zeitpunkt nähern, zu dem

(Fortsetzung umstehend.)